

Rede von Matthias Bärwolff

Aktuelle Stunde: "Situation der Jugendarbeit in Thüringen"

Frau Präsidentin, meine Sehr geehrten Damen und Herren, gestatten Sie mir zum Anfang meiner Rede ein klein wenig Zynismus. Dieses Thema ist heute hier mit allen Sinnen und höchster Aufmerksamkeit zu genießen, da es wahrscheinlich in den nächsten Jahren das letzte Mal hier beraten werden wird, denn wo nichts mehr ist, darüber kann man auch nicht mehr reden.

(Beifall bei der PDS)

Zur gleichen Zeit, also während wir hier heute diskutieren, läuft in Erfurt eine landesweite Demonstration für den Erhalt der Jugendarbeit ab. Und, Frau Präsidentin, es kursieren diverse Postkarten, aus denen ich vielleicht mit Ihrer Erlaubnis zitieren darf: "Wir machen Thüringen jugendfrei" oder "Wahnsinn, 10 Thüringer Minister erhalten fristlose Kündigung" und, ich darf hinzufügen, auf einigen Karten erkenne ich auch die Gesichter aus der CDU-Fraktion bzw. von der Landesregierung wieder. Das ist schon sehr merkwürdig.

(Unruhe bei der CDU)

Herr Panse, ein bisschen lauter, ich verstehe Sie sonst nicht.

(Zwischenruf Abg. Panse, CDU: So lange für so was Geld da ist!)

Ja, dazu können Sie nachher einmal eine Frage stellen oder so.

Meine Damen und Herren, dass Sie in den letzten Jahren Stück für Stück an den Haushalten herumgeschnippelt haben, dass Sie die Jugendarbeit, die Zuschüsse für die politische Jugendbildung, die Jugendpauschale und die Jugendverbandsarbeit Stück für Stück heruntergefahren haben, ist mittlerweile fast schon zum Normalzustand geworden. Von daher war es für die Kommunen auch immer kalkulierbar und fehlende Landesgelder konnten ab und zu durch kommunale Jugendämter ausgeglichen werden, sicherlich bei den verschiedenen Kommunen unterschiedlich, aber für Erfurt, das kann ich hier als Stadtrat sagen, hat das Jugendamt laut Aussagen des Amtsleiters bisher die Verluste immer ausgeglichen. Was jetzt allerdings passiert, das ist nicht mehr erträglich. Durch die Kürzung der Schlüsselzuweisungen an die Kommunen und durch den verschleppten Beschluss des Landeshaushaltes zwingen Sie die Jugendarbeit auf kommunaler Ebene ins Aus. Außerdem verschickt das Landesverwaltungsamt aufgrund diverser Presseartikel Empfehlungsschreiben z.B. an den Erfurter OB mit dem dezenten Hinweis, ein gefasster Beschluss könnte unter Umständen nicht rechtmäßig sein, obwohl dieser noch gar nicht in Weimar vorlag. Der OB möge ihn doch bitte beanstanden und einen neuen Beschluss erwirken, in dem die so genannten freiwilligen Leistungen noch einmal um 15 Prozent gekürzt werden sollen. Nachdem der Stadtrat von Erfurt gestern nun einen neuen Beschluss gefasst hat, ist auch diese Kürzung im freiwilligen Bereich um 15 Prozent umgesetzt worden, und zwar wieder einmal im vorausseilenden Gehorsam, denn auch ich weiß nicht, wie der Landeshaushalt 2005 aussehen wird und ich kann mir auch vorstellen, die Sachbearbeiter in Weimar wissen das auch noch nicht, denn wir hier sollten den dann irgendwann einmal beschließen und nicht das Landesverwaltungsamt. Und wieder ein bisschen Zynismus an dieser Stelle, das kann ich mir heute nicht verkneifen: Frau Präsidentin, ich zitiere noch einmal: "Die Jugendarbeit ist nicht

der Steinbruch, aus dem man Haushaltslöcher stopft". Und ich denke, der Herr Genosse Generalsekretär Mohring weiß, was das bedeutet, auch wenn er gerade nicht da ist.

(Zwischenruf Abg. Gentzel, SPD: Was soll denn ...)

Ja, ich bin auch manchmal witzig. Die 220 Mio. € weniger Zuweisungen an die Kommunen, das heißt, Löcher in der Jugendarbeit, Löcher, die nicht wieder zu stopfen sind. Sie nehmen mit Ihren Entscheidungen wissentlich in Kauf, dass Jugendliche keine Hilfsangebote mehr bekommen und dass sie keine Anlaufpunkte mehr haben. Sie nehmen wissentlich in Kauf, dass Trägerinnen ihren Mitarbeitern kündigen müssen, weil kommunal weder Gelder ausgereicht noch vorfinanziert werden können. Nun sind die meisten von Ihnen auch in kommunaler Verantwortung und Sie wissen alle selbst, höchstwahrscheinlich, wie schnell die Strukturen in den jeweiligen Kreisen und den kreisfreien Städten zerschlagen werden. Durch die Einstufung in so genannte freiwillige Leistungen droht jetzt das Ende, und zwar massiv. Ihre Interessen zerschlagen, wenn Sie sie so durchsetzen, die soziale Infrastruktur. Wir brauchen uns nichts vorzumachen. Was Sie einmal abbrechen, das entsteht nicht wieder.

(Beifall bei der PDS)

Die Erwartung eines konstruktiven Dialogs wird von Vereinen und Verbänden, wird kommunal und auch landesweit signalisiert. Gemeinsame Perspektivenberatung und Entwicklung von Lösungsansätzen soll langfristige Planung hervorbringen und eben diese nicht von Jahr zur Jahr in Frage stellen. Ist das etwa weitsichtige Politik, die soziale und kulturelle Arbeit vorrangig als Kostenfaktor zu betrachten? Ist es etwa richtig, soziale Problemlagen durch politische Entscheidungen zu verschärfen und dann zu reparieren und sich dann noch als Retter des Sozialstaats hinzustellen. Ich denke, hier und jetzt geht es um einen verantwortlichen Umgang mit der Zukunft. Verantwortung, das heißt auch den Umgang mit Verschuldung, mit Neuverschuldung und vor allem mit dem angehäuften Schuldenberg. Und da muss ich sagen, bin ich mit Ihrer Auffassung, mit der von der Landesregierung und von der CDU im Allgemeinen, nicht einverstanden. Für Sie bedeutet der Umgang mit dem Schuldenberg einfach nur: Wir haben nichts, die Kassen sind leer und wenn wir nichts haben, können wir auch nichts weitergeben. Wen es dabei trifft, das ist für Sie scheinbar völlig irrelevant. Ich teile Ihre Umsetzung Ihrer neoliberalen Sparlogik nicht, denn gespart wird doch normalerweise in Zeiten, wo Geld da ist. Hier ist leider kein Geld da und das, was Sie streichen - und das werden Sie bewusst wegstreichen - ist die Jugendarbeit und das ist die soziale Infrastruktur in Erfurt und vor allem in Thüringen. Danke schön.

(Beifall bei der PDS)